

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 20. Dezember 1965

Blatt 3714

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wirtschaftsangelegenheiten =====

20. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

"Auf den Wiener Märkten kann man zwar wie auf einem Thermometer die Preissituation ablesen, unsere Möglichkeiten durch Maßnahmen die Preissituation zu beeinflussen, sind aber beschränkt. Denn die Ursachen der Preissituation liegen außerhalb der politischen Grenzen unserer Stadt.

Es spielt die Situation der Weltmärkte mit.

Weiter ist die Wirtschaftslage innerhalb der Grenzen unseres ganzen Landes bestimmend.

Es bilden sich Preise, auch in der sogenannten 'Region Wien'.

Diese hört aber nicht an den politischen Grenzen unserer Stadt auf, darum sind auch Maßnahmen innerhalb dieser Grenzen allein nur beschränkt wirksam.

Das ist besonders in einer Zeit von Bedeutung, wo Wetterkatastrophen und sonstige Einflüsse, die weit über unsere Stadt und unser Land hinausgehen, wirksam werden.

Preise und Importe

Die normale Gegenmaßnahme auf hohe Preise sind Importe. In diesem Jahr ist man aber mit diesem Gegenmittel sozusagen statt auf die Bremse auf das Gaspedal gestiegen.

./.

Dadurch, daß im Ausland zum Beispiel die Kartoffelpreise höher waren als im Inland, hat man mit den Importen nicht den Preis abgeleitet, sondern man hat sozusagen das Stauwehr aufgemacht und die Überschwemmung mit den höheren Preisen des Auslandes hereingelassen.

Anfang Juli wurde die Freigabe der Kartoffelimporte bis Ende August verlangt. Die ausländischen Preise waren hoch, die Ernteaussichten in sämtlichen europäischen Staaten bei den Kartoffeln sehr schlecht.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer erklärte sich auf Wunsch sogar bereit, die Importe bis Jahresende freizugeben, doch machte sie auf die Gefahr aufmerksam, daß die inländischen Kartoffelpreise sich sofort an das europäische Preisniveau anpassen.

Die Arbeiterkammer stellte sich auf den Standpunkt, daß die optische Wirkung einer völligen Freigabe eventuelle Auswirkungen auf den Preissektor überwiegt. Die Arbeiterkammer sprach den Wunsch aus, die Kartoffeleinfuhr bis Jahresende freizugeben und dies geschah.

Die Preise stiegen wie bekannt. Sonderbarerweise wurden zu diesen höheren Preisen um 6,9 Prozent höhere Umsätze gemacht, als in den Vorjahren.

Daraus läßt sich auch die Notwendigkeit ableiten, die Inlandsproduktion auf einem gewissen Mengenniveau zu halten. Denn die Preise der Inlandsproduktion haben sich heuer besser gehalten und waren für den Konsumenten vielfach günstiger, als die Preise der Auslandsimporte. Auch die Freigabe der Importe bei Paradeiser wurde verlangt und wieder stimmte die Landwirtschaft zu, wies aber darauf hin, daß die ausländische Waren höher notiert. Tatsächlich hat der Importabgabepreis bei den Tomaten zwischen vier und sechs Schilling pro Kilogramm notiert. Als die Inlandernte einsetzte, wurden von unseren Erzeugern für die Tomaten 2,- bis 2.50 Schilling verlangt und nach Beendigung dieser Ernte hat der Osten sofort wieder den Preis diktiert und bis zu acht Schilling Importabgabepreis für seine Tomaten gefordert. Das Ausland hat sich also bei einer ständigen Freigabe der Tomatenimporte während der Inlandernte zurückgezogen und dann, wenn sie konnten, die Preise wieder auf den österreichischen Märkten diktiert.

./.

Als Folgeerscheinung war selbstverständlich, daß bei Beginn der österreichischen Kampagne und beim Ende der österreichischen Kampagne, als weniger Ware von der heimischen Produktion angeliefert wurde, sofort sich diese Ware an die hohen Auslandspreise angeglichen hat. Bei all dem hat man den Eindruck, daß wir die europäische Zusammenarbeit erst lernen müssen.

Vorerst scheinen wir aus den verschiedenen wirtschaftlichen Systemen jeweils das ungünstigste angewendet zu haben.

So bescherte uns die Agrarsubvention der schwedischen Regierung in weiterer Folge höhere Eierpreise. In ganz Europa ist die Eierproduktion äußerst stark vor etwa 18 Monaten intensiviert worden. Vor allem die Staaten wie Polen, Dänemark, Holland und Schweden haben die Eierproduktion erhöht. Diese Eier sind von den einzelnen Regierungen der genannten Staaten stark subventioniert. So hat z.B. das schwedische Ei, für das der schwedische Bauer 1 Schilling und 12 Groschen bekam, an der österreichischen Grenze 50 Groschen gekostet. Die Differenz hat die schwedische Regierung bezahlt. Die Folge davon war, daß in Österreich ein Sterben der Legehühner begann. In weiterer Folge haben auch Holland, Schweden und sogar Polen die Legehühnerbestände sehr stark dezimiert.

Ein Marktordnungsgesetz für Eier hätte zu Zeiten der Dumpingpreise Ausgleichsabgaben für die importierten Eier abgeschöpft und heute könnte der Fonds die hohen Eierpreise ausgleichen. Vor allem aber hätte dies verhindert, daß die Zahl der Legehühner so drastisch reduziert worden wäre.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

Die wirksamste Waffe gegen die Teuerung ist das Ausweichen auf andere Sorten. Das klassische Beispiel davon ist der Käuferstreik der amerikanischen Hausfrauen mittelbar nach 1945, die von Fleisch auf Hühner ausgewichen sind. In Wien fand ein derartiger Vorschlag der Fleischhauer bei den Hausfrauen vor einigen Jahren wenig Gehör.

Wenn nun von allen Konsumentenorganisationen und von allen anderen zuständigen Stellen das Ausweichen auf preisgünstigere Warensorten empfohlen wird, so heißt das keineswegs, daß dies

ein Ausweichen auf mindere Sorten ist, sondern eben nur auf Waren anderer Art, die zu dieser Zeit preisgünstiger sind, als die teueren. Um dies den Konsumenten nahezubringen, erfolgt seit Mitte Oktober in der Rathaus-Korrespondenz ein Hinweis, welche Gemüse und Obstsorten am Vortag besonders preisgünstig waren und welche davon auch am nächsten Tag aller Voraussicht nach erhältlich sein werden.

Freilich ist es in manchen Jahreszeiten so, daß dann eine Reihe von Tagen etwa Chinakohl zum Überdruß an erster Stelle steht, wie mir das ein Kollege aus dem Haus bereits mitgeteilt hat. Dazu darf ich aber nun bitten, weiter zu lesen, es werden auch noch andere Artikel angeboten. Doch helfen diese und andere Maßnahmen wesentlich, die Teuerung zu bekämpfen und ich darf Sie bitten, dies auch zu unterstützen.

Schon bei den Preisen für Obst und Gemüse ergab es sich, wie wichtig das Einwirken auf Angebot und Nachfrage durch Information ist. Die sogenannten Schwemmen, das Überangebot an Waren, das nicht abgenommen wird, führt nicht nur zum Verderb von Dutzenden von Lastzügen, sondern verteuert im Jahresdurchschnitt auch die Preise.

Marktbeobachtung

Die periodischen Berichte des Marktantes enthalten neben den Zufuhren die Preise der Erzeuger, des Großhandels und für die Verbraucher.

Kurzberichte zum Wochenende gehen über Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen. An Ministerien und Kammern werden telefonisch Berichte durchgegeben.

Rundfunk, Post- und Telegraphendirektion gibt täglich einen telefonischen Bericht über preiswerte Obst- und Gemüsesorten. Die Konkurrenz vieler Anbieter auf den Märkten gibt besonders gut die Möglichkeit, preisbewußt einzukaufen.

Für die Führung unserer Märkte aber ist die entscheidende Frage: Wird in Zukunft mehr, preisbewußt oder mehr zeitbewußt eingekauft. Dies ist auch volkswirtschaftlich entscheidend. Wir sind allzu sehr gewohnt, die Preise nur von der Angebotseite her zu beeinflussen.

Allerdings setzt das preisbewußte Einkaufen neben der Warenkenntnis auch die Bereitschaft voraus, die nötige Zeit für den Preisvergleich, für das Auswählen zu investieren. Dazu stellt unsere Stadt die Märkte zur Verfügung.

Trachten wir aber in der kürzestmöglichen Frist einzukaufen, verzichten wir damit auch darauf, die Preise von Konsumenten her zu beeinflussen.

Was wir von Seite der Marktverwaltung aus dazu tun können, ist, die Märkte so auszugestalten, daß es alle Marktbenützer - Verkäufer oder Käufer - möglichst leicht haben, zu kaufen oder die Ware an den Mann zu bringen.

Hausfrau und Konsument

Die Hausfrau weiß, daß sie an Markt ihre ureigensten Kenntnisse und Fähigkeiten nutzbringend einsetzen kann. Sie kann die Ware genau in Augenschein nehmen, ohne daß irgend- ein Kaufzwang vorliegt. Darum ist es eine Voraussetzung des Marktes, daß er eine so große Anzahl von Verkaufsständen gleicher Art bietet, daß eine entsprechend reichhaltige Auswahl vorhanden ist.

An Markt ist es auch möglich, die eine Ware hier, die andere Ware dort zu kaufen, wie es eben am günstigsten ist.

Da spielt auch die sogenannte Markt-Atmosphäre eine bedeutende Rolle. Nicht der uniforme sogenannte elegante Markt, sondern der Markt, der in seine Umgebung paßt, der architektonisch aufgelockert ist, zieht die Hausfrau an.

Man hat mit den sogenannten schönen Marktständen rein verkaufstechnisch nicht die allerbesten Erfahrungen gemacht.

Zum Markt gehört es auch, daß die Hausfrau weiß, daß sie jederzeit wechseln kann. Allein diese Möglichkeit übt schon entsprechende Funktion aus.

Die Märkte brauchen auch 'ihre' Sozialeinrichtungen. Mögen dies Erfrischungsstände oder auch nur eine Bank sein, um die Tasche abstellen zu können, ein schattiger Baum im Sommer oder andere Dinge, die eben dazu führen, daß man sich auf einem Markt sozusagen Daheim fühlt.

Unsere Detailmärkte bestehen aber nicht bloß aus den Marktständen. Im Bewußtsein des Käufers gehören auch die Geschäfte der Umgebung dazu, das heißt, der Markt lebt in Zusammenhang mit seiner Umgebung.

Die Schlußfolgerung für die Stadt liegt darin: Man kann nicht einfach einen Markt an einen anderen Platz transponieren, wenn die Verkehrsplaner und andere es für bequemer finden, denn damit löst man den Markt nicht nur aus dem Platz, den die Kunden gewohnt sind, sondern auch aus dem Zusammenhang mit den Geschäften, Betrieben und Gaststätten, die gemeinsam die Marktfunktion bilden. Es gibt auch eine ganze Reihe von Märkten, denen man eine preisregulierende Funktion nicht mehr zugestehen kann, weil es zu wenige Stände sind. Trotzdem wäre es verfehlt, zu sagen, sie wären funktionslos. Sie haben ihre Bedeutung für die Versorgung der umliegenden Bevölkerung. Gäbe es diese Stände nicht, so müßten neue Geschäfte gegründet werden.

Die Preisfunktion der Märkte hat noch eine besondere Bedeutung. Allen ist die Misere der sogenannten Schwemmen des öfteren im Jahr bekannt. Wenn manche Obst- oder Gemüsesorten, wie Gurken, Salat und andere in übergroßen Mengen anfallen, so geht dies oft so weit, daß diese Waren nicht einmal verschrenkt werden können und verderben. Der Markt ist an sich der geeignete Ort, um solche Waren doch noch an den Käufer zu bringen.

Freilich können außer den Märkten auch Supermärkte gelegentlich sehr stark preisdrückend auftreten. Es kann durchaus auch sein, daß in weiterer Entfernung von den Märkten sehr niedrige Preise, vielleicht sogar niedrigere als auf dem Markt selbst verlangt werden.

Aber: Eines müssen wir dabei festhalten. Es ist hier immer nur ein Unternehmer, der eine entsprechende Preispolitik macht, und der Anreiz, so niedrige Preise zu machen, besteht nur solange, als er eine Konkurrenz am Platze hat. Ist diese Konkurrenz verschwunden, so ist der Anreiz weg.

Am Markt aber ist diese Konkurrenz ständig vorhanden, daher ist dort auch auf lange Frist der Anreiz gegeben, zu niedrigen Preisen anzubieten.

Marktplanung

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen auch berichtet, daß neben der Frage der Großmärkte auch die Frage der Detailmärkte

geprüft wird. Wir erwarten in bälde hier einen Bericht der Wiener Standortberatungsstelle. Inzwischen darf ich bereits einige Teilergebnisse dieser Studie berichten.

Für einen Markt im 10. Bezirk war im vergangenen Jahr unter Post 1032/51/588, als erste **Baurate** bereits ein Betrag von zwei Millionen Schilling eingesetzt.

Der Nothnagelplatz, so ergab es sich zum **Beispiel** bei dieser Studie, kommt als Marktplatz nicht in Frage, weil die Hausfrauen aller Voraussicht nach nicht geneigt wären, den Berg hinauf zum Markt zu gehen.

Außerdem wären an diesem Platz die Fundierungskosten besonders hoch gewesen.

Wir **mußten** aus diesem Grund also das Marktprojekt am Nothnagelplatz zurückstellen und haben nun die Magistratsabteilung 18 ersucht, uns einen anderen Platz zum Verfügung zu stellen.

Bezüglich der Markthalle IX laufen seit vielen Monaten Verhandlungen, die teilweise durch Erkrankungen und sonstige Verhinderungen der Beamten der verschiedenen Abteilungen stark aufgehalten sind. Hier wollen die Verkehrsplaner die Markthalle gern an einen anderen Platz bringen. Ich persönlich bin der Meinung, daß sie an dieser Schnittstelle der einzelnen Bezirke besonders wichtig ist. Ich befürchte weiters, daß durch ein 'in den Winkel stellen' eines solchen Marktes er seine Bedeutung verliert. Man wird dies sehr sorgfältig überprüfen müssen.

Besonders im Zentrum der Untersuchung steht der Naschmarkt. Es ist ja hoffentlich jetzt schon überall bekannt, daß nur der Großmarkt an den Südrand der Stadt verlegt wird. Der Detailmarkt des Naschmarktes ist in dieser Verlegung nicht enthalten. Es gibt zwar Projekte, die auch gleich den Detailmarkt wegverlegen wollen, meine Meinung dazu ist, daß hier besondere Vorsicht am Platze ist, weil die Versorgung der angrenzenden Bezirke durch eine solche zentrale Einrichtung besondere Bedeutung hat.

Das gleiche gilt für das Zentrum Landstraße, beziehungsweise für die Detailmärkte, für Viktualien und Fleisch, die an diesen Platz verbleiben sollen.

Auch die Gelegenheits-Märkte, wie der Christkindlmarkt und andere, leben weitgehend von der sogenannten Atmosphäre des Marktes. Eine Normung der Stände nach der Marke Schrebergartenhütten vom Fließband ist der sicherste Beitrag, einen solchen Markt untergehen zu lassen.

Aber auch die Information der Produzenten ist besonders wichtig. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Schweinefleisch. Eine Aufzucht, die größer ist als der Marktbedarf, läßt den Preis für Schweinefleisch unter die Produktionskosten sinken. Daraufhin folgt dem sogenannten 'Schweineberg' das 'Schweinetal' es heißt, es werden weniger Schweine gezüchtet. Das Angebot wird zu gering, die Preise steigen.

Die Frage der Fleischpreise wird auch immer wieder mit der sogenannten Marktbindung in Beziehung gebracht. Dazu habe ich wiederholt Stellung genommen: Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint die Marktbindung für die Beeinflussung des Konsumentenpreises nutzlos. Dies möchte ich ebenso den Befürwortern, wie den Gegnern der Marktbindung sagen. Bekommen wir höhere Anlieferungen zu günstigen Preisen, so werden die Preise fallen. Geschieht dies nicht, so werden die Preise steigen. Mit oder ohne Marktbindung. Importe sind wie erwähnt vor allem für Schweinepreise wichtig. Freilich wirkt die Marktbindung durch zusätzliche Gebühren verteuern. Auf längere Frist aber ist die Marktbindung der Markt-Funktion Wiens abträglich. Die Schlachtung hat ohnehin die Tendenz, von Wien über die Stadtgrenzen abzuwandern. Bei den Schweinen war dies zum Teil durch Importe und Einlagerungen ausgeglichen. Die Marktbindung fördert dies unnötigerweise. Damit schadet sie auf längere Frist gesehen der Stadt, weil sie dem Marktzweck schadet: nämlich auf lange Frist ein möglichst großes Angebot zu erreichen. Die Marktbindung zeigt wieder: Die Wirtschafts-Region Wien endet nicht an den politischen Grenzen dieser Stadt. Es ist illusorisch, innerhalb der politischen Grenzen dieser Stadt Maßnahmen zu treffen, die außerhalb dieser Grenzen, aber im Rahmen der wirtschaftlichen Region Wien keine Gültigkeit mehr haben. Bei Rindern und Kälbern ist sowohl die Vermarktung wie die Schlachtung zurückgegangen. Derzeit weisen die Rindfleischpreise leicht fallende Tendenz auf, liegen aber noch immer etwas höher als im vorigen Jahr. Die Kalbfleischpreise, welche ebenfalls eine nachlassende Tendenz zeigen, sind an der Untergrenze fast gleich, während auf der Obergrenze noch ein etwas höherer Preis aufscheint. ./.

Auch in diesem Jahr steht im Brennpunkt des Interesses die Frage der neuen Großmärkte. Die Verkehrsschwierigkeiten wurden größer, die vorhandenen, überalterten Gebäude um ein Jahr älter und damit die Probleme dringender. Sie finden in diesem Budget für die Frage Marktplanung, Grundfreimachung usw. um zweieinhalb Millionen Schilling weniger. Das Elefantenhaar, von dem ich Ihnen voriges Jahr sprach, an dem wir hoffen, den Milliardenelefanten des Großmarktbaues auf die Bühne zu bringen, ist also erheblich dünner geworden.

Trotzdem bin ich Optimist genug, um zu hoffen, daß wir der Planung des Großmarktes um ein gutes Stück näher gekommen sind. Wenn auch auf mancherlei Umwegen.

Bei der letzten Budgetdebatte habe ich die Meinung vertreten, daß ein solches Milliardenprojekt der Stadt nicht nur vom bautechnischen Gesichtspunkt, vom Standpunkt der daran beteiligten Magistratsabteilungen beurteilt werden kann, sondern daß es vom Standpunkt der Marktbenützer durchgedacht werden muß. Eine solche Überprüfung der im Vorjahr vorliegenden Projekte ist erfolgt. Die betriebswirtschaftlichen Fragen wurden geklärt.

Wie Stadtrat Heller bei Referat der Verwaltungsgruppe VI angeführt hat, kann die Verlegung des Groß-Grün-Marktes von St. Marx an einen anderen Platz ungefähr Ersparungen bis zu 400 Millionen Schilling bringen. Verkehrsstudien haben den zweckmäßigsten Standort im Süden der Stadt festgestellt und alle beteiligten Magistratsabteilungen sind dabei, das für den Groß-Grün-Markt im Süden der Stadt vorliegende Projekt in allen Einzelheiten vom Standpunkt der verschiedenen Verwaltungsgruppen her zu prüfen.

Für den Groß-Fleisch-Markt, den Viehmarkt und die Schlachthöfe, die in St. Marx ungefähr am bisherigen Standpunkt errichtet werden sollen, läuft seit September eine betriebswirtschaftliche Untersuchung, die die vorliegenden Projekte ebenfalls vom Standpunkt einer rationellen Betriebsführung her überprüft. Ein Projekt des Vieh-, Fleischmarktes und der Schlachthäuser, das erhebliche Einsparungen gegenüber dem im Vorjahr vorliegenden Projekt vorsieht, soll ebenso überprüft werden, wie das des Groß-Grün-Marktes.

Blumengroßmarkt

Die Untersuchungen über die Planung des Blumengroßmarktes ergaben eine interessante Tatsache. Ein erheblicher Prozentsatz der Marktbesucher benützt ein öffentliches Verkehrsmittel. Das ist vom Standpunkt der Stadt durchaus positiv. Man kam zu dem Schluß, daß der günstigste Standort des Blumengroßmarktes jener Teil von St. Marx ist, der zunächst der Straßenbahn liegt. Eine genaue Fixierung dieses Standortes kann allerdings erst bekanntgegeben werden, wenn wieder andere Untersuchungen über den Platzbedarf für den Fleischgroßmarkt abgeschlossen sind.

Von seiten des Finanzreferenten wurde mir erklärt, daß in dem Augenblick, wo zusätzliche Planungsarbeiten oder andere bauvorbereitende Arbeiten nötig sein sollten, entsprechende Zusatzkredite bewilligt werden können. Ich habe also dankend zur Kenntnis genommen, daß es sich bei der Verwanderung der Mittel, die für die Marktplanung und Grundfreimachung zur Verfügung stehen, um 2,5 Millionen nicht um eine echte Streichung, sondern sozusagen nur um Budget-Kosmetik handelt. Auch im vergangenen Jahr soll alles unternommen werden, um die Frage der Großmarktplanung weiterzutreiben.

Sowohl bei der Magistratsabteilung 59, bei der Position 1.032, als auch bei der Position 1.033, bei den Schlachthofgebühren, finden Sie eine starke Diskrepanz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben. Für den Teil des Defizits, der nicht durch hoheitliche Aufgaben im engeren Sinn, also Marktpolizei, Lebensmittelüberwachung usw. verursacht ist, haben die Abteilungen über Wunsch der Finanzgruppe Anträge auf Gebührenerhöhung gestellt. Vom betriebswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Standpunkt erkenne ich dieses Verlangen durchaus an, es muß jedoch im Begutachtungsverfahren geprüft werden, ob eine derartige Gebührenregulierung sich nicht ungünstig auf die Preise auswirken würde.

Lebensmitteluntersuchungen

Im Jahre 1965 wurden bis 30. November insgesamt 49.555 Lebensmittelpolizeiliche Revisionen durchgeführt.

Dabei wurden 22.919 Proben also praktisch bei jeder 2. Revision von Lebensmitteln und Waren genommen.

1.359 Proben wurden beanstandet, in 656 Fällen wurden Anzeigen erstattet.

Von den Organen des Marktantes wurden im Jahre 1965 bis zum 31. Oktober insgesamt 20.136 Lebensmittelproben abgenommen. Geringfügige Mängel wurden dem Betriebsinhaber zur Kenntnis gebracht und deren Behebung im kurzen Weg veranlaßt.

Ein Großeinsatz des Marktantes wurde im Sommer ausgelöst, als bekannt wurde, daß Gemüse durch Schädlingsbekämpfungsmittel verseucht sein könnte. Es wurden dabei Gott sei Dank keine Fälle gesundheitlicher Schädigungen festgestellt. Die Untersuchungsergebnisse allerdings bestätigten, daß ausländische Karotten tatsächlich Spuren von Giften und zwar Aldrin und Dieldrin enthielten. Die Ware wurde vernichtet.

Wird bei einer Erkrankung auch nur vermutet, daß ein Lebensmittel Ursache der Erkrankung war oder Träger der Krankheitserreger, so geht das Marktamt den sorgfältig nach. Eine große Aktion, die nach dem Genuß einer Puddingspeise in ganz Österreich eingeleitet wurde, führte zwar dazu, daß sämtliche Erzeugnisse dieser Art aus dem Verkehr gezogen und beschlagnahmt wurden. Eine eingehende Untersuchung durch die staatliche Untersuchungsanstalt ergab aber, daß die Erkrankung auf andere Ursachen zurückzuführen war.

Die übrigen Aufgaben des Marktantes

Zur Preisüberwachung wurden die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren bei 10 Prozent aller Wiener Fleischhauer überprüft. Das Marktamt arbeitet auch bei der Erstellung der 'Mantlichen österreichischen Preisstatistik' (Preisindex des Österreichischen statistischen Zentralamtes) mit. Kontrollen bezüglich der Naturschutzbestimmungen galten vor allem dem Verbot des Verkaufes geschützter Pflanzen, wie der Stengellosen Primel, des Enzians, der Zykamen, sowie des Sondorns. Erfreulicherweise kann ich berichten, daß sich 1965 keine Beanstandungen ergaben.

Bekanntlich gab es Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses vom Oktober 1958 und seines Vorgängers vom Juni 1926, die darauf abzielten, Ansuchen um Zuweisung von Straßenständen abzuweisen. Nun schien es aber doch so zu sein, daß das Bedürfnis der Bevölkerung nach solchen Straßenständen besonders zur Nachtzeit soweit dringlich ist, daß dem Rechnung getragen werden muß.

Tagsüber sieht dies - schon aus Verkehrsgründen - anders aus, obwohl manche Stände, wie Meronibrater und Blumenfrauen, das Straßenbild beleben. Besonders in Nachtzeiten sind Straßenstände zum Würstelverkauf und für andere Lebensmittel anscheinend ein Bedürfnis, da eine billige Versorgung der Bevölkerung sonst in der Innenstadt kaum möglich ist.

Auch die Automatenbuffets konnten diese Stände nicht ersetzen. Darum hat der Gemeinderatsausschuß X am 3. Juni 1965 den Beschluß gefaßt, im Einvernehmen mit den anderen zuständigen Dienststellen wieder Straßenstände auch im 1. Wiener Gemeindebezirk zuzulassen. Derzeit ist bereits ein Blumenstand genehmigt, elf Ansuchen um Würstelstände sind in Bearbeitung.

Zur Frage der Versorgung der Bevölkerung gehört auch die Sperre der Betriebe während der Urlaubszeit. Hier kommen immer wieder Klagen. Aus diesen Gründen habe ich mich einige Zeit vor dem Sommer an Gastwirte und Fleischhauer gewandt und sie gebeten, die Urlaubszeiten aufeinander abzustimmen. Bei meinen Bemühungen habe ich viel guten Willen, aber auch große Schwierigkeiten gefunden. Schwierigkeiten sind aber da, um überwunden zu werden und ich hoffe, daß die Ansätze des Sommers 1965 in Sommer 1966 eine positive Fortsetzung finden werde.

Vom Wiener Schloßhof

Aus den Einnahmen ergibt sich ein errechnetes
Minus von rund 880.000 Schilling. Dieser Betrag entspricht rund 20 Prozent der Ausgaben, die für die Veterinärabteilungen der Bezirke errechnet werden. Der Amtstierarzt in Wien hat in seiner Person Aufgaben zu vereinigen, die der Kompetenz der Gemeinde, des Landes, der mittelbaren und der unmittelbaren Bundeskompetenz entsprechen. Mindestaufwand für die Bearbeitung hoheitsrechtlicher Agenden, wie Tierseuchenbekämpfung, Brucellose- und Tuberkulosebekämpfung, die Beaufsichtigung der tierärztlichen Praxis und Hausapotheken, Kontrolle der Gebarung mit Suchtgiften, Überwachung der Durchführung gesetzlichen Bestimmungen beim Verkehr mit Lebensmitteln tierischer Herkunft nach Paragraph zwei des Lebensmittelgesetzes, Überwachung des Fleischwarenexportbetriebes, alle Aufgaben, die mit der Ein- und Ausfuhr von Tieren und tierischen Produkten zusammenhängen, Amtssachverständiger im

Tierschutz, Tierzucht, Gewerbe- und baupolizeiliche Angelegenheiten, machen ungefähr 20 Prozent der Ausgaben aus.

Die Zahl der Trichinenuntersuchungen stieg 1965 (bis Ende November) auf 218.620. Seit 1945 gab es jedoch nur drei Trichinenfunde. Der erste im Oktober 1959, der zweite und dritte jetzt im Dezember, bei Schweinen polnischer Herkunft.

Nach den Angaben der Veterinärmedizin kann ein Schwein mit einem mittelgradigen Trichinenbefall, der also makroskopisch auf keinen Fall erkennbar ist, bei Verarbeitung zum Beispiel zu Mettwurst, zu einer Massenerkrankung führen.

Der Verlauf dieser Erkrankung bei Menschen ist bekanntlich sehr unterschiedlich. Todesfälle oder dauernde Schädigungen der Gesundheit sind keine Seltenheit.

Wenn ein Betrieb Rohware verarbeitet, muß alles verarbeitete Fleisch untersucht werden.

Es erscheint berechtigt, zumindest alles Fleisch auf Trichinen zu untersuchen, das zu Rohwurst verarbeitet wird.

Tuberkulose- und Bruceellosebekämpfung

Seit Beginn des Jahres 1966 wird das Land Wien in die Bekämpfung der Tuberkulose und Bruceellose bei Haustieren einbezogen. 1950 begann dies bereits auf freiwilliger Basis. Damit tritt diese Aktion in Österreich in ihr Endstadium, weil nun das gesamte Bundesgebiet in diese Bekämpfungsaktion einbezogen ist.

Schon jetzt sind viele Gebiete gänzlich frei von diesen Tierseuchen und in absehbarer Zeit wird Österreich den Anschluß an seine westlichen Nachbar- und Bundesländer gefunden haben, die zum Teil schon längere Zeit tuberkulose- und bangfrei sind.

Die Importe von Fleisch- und Fleischwaren nehmen dauernd zu. 1964 erreichten sie in Österreich mehr als 25 Millionen Kilogramm. Die Untersuchung des Auslandfleisches soll Einschleppung von Tierseuchen verhindern und dadurch den Gesundheitsschutz für die Bevölkerung gewährleisten.

Wichtig ist es schon deshalb, weil etwa der Schweinepest-Virus über ein Jahr im Gefrierfleisch virulent sein kann. Die immer wieder angeschnittene Frage der Infektion mit Salmonellen des Menschen durch Lebensmittel zeigt die Problematik eines weltweiten Warenaustausches mit Ländern, die zum Teil einen niederen hygienischen Status haben. Im Jahre 1964 wurden mehr als 12 Millionen Kilogramm Fleisch untersucht.

Im Herbst 1965 ist die Maul- und Klauenseuche in unserem Land wieder - von Ungarn her - eingeschleppt worden. Man soll dies weder über- noch unterschätzen. Es handelt sich ja noch um keinen Seuchenzug, der ganze Landstriche oder auch nur ganze Bezirkshauptmannschaften erfaßt, sondern es liegen derzeit nur Einzelfälle vor.

In Wien aber haben wir bereits vor Jahresfrist begonnen, sämtliche Tiere gegen die Maul- und Klauenseuche zu impfen. Obwohl der theoretische Impfschutz nur acht Monate dauert und die Impfung nur alle zwölf Monate durchgeführt wird, kann man praktisch von einem weitestgehenden Impfschutz sprechen.

Sollte sich die Seuche im Umland von Wien stärker ausbreiten, so würde eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, wie zwangsweiser Bahntransport, verschärfte Maßnahmen in den Schlachthöfen, Beschränkung des Personenverkehrs, verkürzte Schlachtungsfrist und besondere Beobachtung der eingelieferten Rinder

Schlachtstraße

Nach Inbetriebnahme der Schlachtstraße konnten die zuständigen Stellen den Antrag stellen, die Exportabteilung des städtischen Rinderschlachthofes St. Marx als 'Export-Schlachthof' anzuerkennen. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits Anerkennung des Rinderschlachthofes St. Marx als den Richtlinien des EWG-Rates zur Regelung gesundheitlicher Fragen gemäß ausgesprochen. Damit können die Interessenten im Rinderschlachthof St. Marx für den gesamten EWG-Raum Rinderschlachtungen durchführen. Dies ist darum von Bedeutung, da Fleischwarenimporte nur zugelassen sind, wenn das dazu verwendete Fleisch in anerkannten Exportschlachthöfen erschlachtet wurde.

Da die Exportabteilung bereits den Mindestanforderungen der Veterinärabkommen mit Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn entspricht, haben wir damit einen weiteren Schritt zur Europareife getan.

Freilich ist unsere Schlachtstraße noch kein Idealzustand, weil wir eine moderne Einrichtung in eine alte Halle einbauen mußten. Voll zur Geltung kommen wird die Schlachtstraße erst in neuen Schlachthaus.

Eine ernste Sorge im Rahmen des Schlachthauses, das noch in Betrieb ist, betrifft das Kühlhaus, das den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Nach einem Bericht an den Gemeinderatsausschuß X am 30. Juni habe ich der Magistratsabteilung 60 den Auftrag erteilt, einen Katastrophenplan für den Ausfall des Kühlhauses vorzusehen, der im wesentlichen eine Verlagerung des Fleisches vorsieht.

Mittlerweile ist die grundsätzliche Zustimmung der Finanzgruppe zum Ankauf neuer Kühlanlagen erfolgt und nach mancherlei anderen Schwierigkeiten hat der Gemeinderatsausschuß VI am Donnerstag, dem 16. Dezember nun die Kühlanlagen bestellt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die möglichst baldige Ingangsetzung der Kühlanlage zu erreichen.

Auch mit dem Tierschutz haben wir uns zu befassen: Die Wiener sind sehr tierfreundlich und nehmen großen Anteil an Ereignissen, bei denen Tiere zu Schaden kommen. Das Veterinäramt, zusammen mit Feuerwehr und Tierschutzverein ist bemüht, alles vorzukehren, daß bei Unglücksfällen speziell im Rahmen von Bahntransporten rasch Abhilfe geschaffen wird.

Übertretungen der Tierschutzgesetze sind gering, schwere Verstöße selten, das ist ein Ruhmesblatt der Wiener.

Die Tätigkeit des Beschaffungsamtes

Von dem Gesamtbedarf von 179,545.036 Schilling konnten wir 27,23 Prozent zu stabilen Preisen, 12,25 Prozent zu sinkenden Preisen und 60,52 Prozent zu steigenden Preisen einkaufen.

Die Preissteigerungen bezogen sich bei verschiedenen Produkten auf die Steigerungen internationaler Märkte. Die Preissteigerung bei inländischen Produkten und von Leistungen ergeben sich überall dort, wo lohnintensive Güter und Leistungen vorliegen.

Die Heranziehung von privaten Reinigungsunternehmen hat bei den Spitälern und Altersheimen zu einer gewissen Entlastung geführt.

So wurden im vergangenen Jahr für das Krankenhaus Lainz 1,017.720 Schilling, für das Altersheim Baumgarten 217.012 Schilling und für die Lungenheilstätte Baumgartner Höhe 485.000 Schilling, also zusammen, 1,719.732 Schilling ausgegeben.

Die Liegenschaften im Besitz der Stadt Wien haben von 182.66 Quadratkilometer um 0,65 Quadratkilometer auf 183.41 Quadratkilometer zugenommen und der Gesamtanteil des Besitzes der Stadt Wien am Wiener Stadtgebiet ist nun von 44,58 auf 44.73 Prozent gestiegen.

Da der Umfang der Grundstücke zunimmt, vermehrt sich auch die Arbeit.

In der Rubrik Pachtzinse erwarten wir für das Jahr 1966 eine wesentliche Steigerung der Pachtzinseinnahmen von 5,7 Millionen auf sechs Millionen, da der Wiener Rathauskeller im Februar 1966 wieder in Betrieb gehen wird.

Auch der Betrieb in der städtischen Gastwirtschaft Schloß Restaurant Laxenburg, im sogenannten Grünen Haus, wurde nach erfolgter Gesamtrenovierung wieder aufgenommen.

Über die Marktbindung berichte ich in anderem Zusammenhang.

Auf die Unfallverhütung, auf die beratende und vermittelnde Tätigkeit in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, das gedeihliche Zusammenwirken von Dienstnehmern und Dienstgebern, wurde besonderes Augenmerk gerichtet. Als positives Ergebnis kann es angesehen werden, daß die Anzahl der Beanstandungen wegen Übertretungen der Arbeitsschutzbestimmungen merklich abnahm.

Bei den wasserrechtlichen Angelegenheiten ist vor allem die Mitwirkung bei den zahlreichen Verhandlungen im Zusammenhang mit der Fassung und Ableitung der 'Sieben Quellen' von Bedeutung.

Die Motorisierung nimmt auch auf dem Wasser zu. Hatten wir 1963 1.000 Motorboote, 1964 1.277, so sind heuer bereits 1.389 Motorboote mit Standort in Wien gemeldet."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Bitte vormerken:

Geehrte Redaktion!

Wir haben Ihnen bereits mitgeteilt, daß die Wahl und Anglobung des neuen Amtsführenden Stadtrates für Kultur-, Volksbildung und Schulverwaltung Getrude Sandner, morgen, Dienstag, den 21. Dezember, im Gemeinderatssaal stattfindet. Wie wir nunmehr erfahren, ist mit dem Ablauf dieses Vorganges etwa ab 12 Uhr Mittag zu rechnen.

Bitte wollen Sie diesen Termin vormerken und Ihren Bericht-erstatte beziehungsweise Fotoreporter davon verständigen.

- - -

Kinder-Weihnachtsjause am Donauturm

=====

20. Dezember (RK) Morgen, Dienstag den 21. Dezember, um 17 Uhr, gibt das Donauturm-Restaurant für 80 Kinder aus städtischen Heimen eine Jause, die mit einer Weihnachtsbescherung für die Kleinen verbunden ist. Die Initiative zu dieser Aktion ging von den Angestellten der Donauturm-Gesellschaft aus, die für bedürftige Wiener Kinder auch zahlreiche Weihnachtsgeschenke angefertigt haben.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und Wiener Firmen haben in großzügiger Weise Geschenke zur Verfügung gestellt.

Die Kinder werden am Donauturm von Stadtrat Maria Jacobi begrüßt werden, die den Veranstaltern dieser Weihnachtsaktion im Namen des Jugendamtes danken wird.

- - -

24 "Pferde" heben mühelos 90 Tonnen
=====Probetrieb der neuen Schleusentore in Nußdorf

20. Dezember (RK) Ein wichtiger Arbeitsabschnitt beim Umbau der Nußdorfer Schleuse wurde nunmehr vollendet: Heute früh wurde eines der beiden riesigen, 90 Tonnen schweren Hubschwenktore probeweise in Betrieb genommen. Es handelte sich dabei um das Tor im Schleusenoberhaupt, also um jenes, das der Donau näher liegt. Zwei kleine, synchron laufende Motoren von je 12 PS bewältigten mühelos die schwere Last; sie hoben das über Ketten laufende Tor zuerst senkrecht in die Höhe und klappten es dann in die Waagrechte um. So funktionieren nämlich die neuen Hubschwenktore, die von der VÖEST entwickelt wurden und zum erstenmal in Österreich zur Anwendung kommen. Bei dem heutigen Probetrieb handelte es sich also gleichsam um eine österreichische "Erstaufführung". In Deutschland, am Neckar und am Dortmund-Ems-Kanal, haben sie sich bereits sehr gut bewährt. Der Vorteil der Hubschwenktore gegenüber den gewöhnlichen Hubtoren liegt darin, daß man keine hohen Türme braucht und die geöffneten, 15 Meter breiten und 11,45 Meter hohen Tore nicht als "Fremdkörper" des Stadtbildes in die Höhe ragen.

Zweck des heutigen Probetriebes, der zur vollsten Zufriedenheit der Techniker ausfiel und zu dem sich Stadtbau-
direktor Dipl.-Ing. Dr. Loller, Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kojetinsky
und Senatsrat Dipl.-Ing. Bauer (M.Abt. 49, Brücken- und Wasser-
bau) auf der Baustelle eingefunden hatten, war es in erster
Linie, die automatischen Sicherheitsvorrichtungen auszuprobie-
ren. Natürlich konnte der Probetrieb nur "auf dem Trockenen",
also ohne Belastung durch den Wasserdruck, durchgeführt werden.
Das Tor im Schleusenoberhaupt wird noch in diesem Winter voll-
ständig funktionsfähig sein. Der Probetrieb beim Tor am
Schleusenunterhaupt wird voraussichtlich Mitte Jänner erfolgen.
Inzwischen muß noch der oberhalb des oberen Schleusentores als
Bauprovisorium errichtete sogenannte Fangdamm, der das Eindringen
des Donauwassers in die Baustelle verhindert, abgetragen werden.
Dies wird voraussichtlich nach Weihnachten geschehen. Dazu muß
natürlich das obere Schleusentor bereits im Einsatz sein.

Schleusenbetrieb, Kühlwasserversorgung, Hochwasserschutz

Bekanntlich wird die neue Nußdorfer Schleuse zwei Aufgaben zu erfüllen haben: Erstens muß sie den Schleusenbetrieb im Sommer durchführen und zweitens im Winterbetrieb für die ausreichende Kühlwasserversorgung des Simmeringer E-Werkes sorgen. Darüber hinaus aber wird die neue Schleusenanlage auch einen wesentlich besseren Hochwasserschutz darstellen als bisher. Je nach den Betriebszeiten sind übrigens auch die Hubgeschwindigkeiten bei den Toren geregelt: Beim Schleusenbetrieb im Sommer werden die Tore mit einer Geschwindigkeit von 2,60 Meter pro Minute gehoben, so daß der Schleusenvorgang in 16 Minuten durchgeführt werden kann; im Winterbetrieb, wo es nicht so sehr auf die Schnelligkeit ankommt, wird die Hubgeschwindigkeit langsamer sein, nämlich 0,6 Meter pro Minute. Mit dieser "Wintergeschwindigkeit" wurde das Tor auch heute gehoben. Um die höhere "Sommergeschwindigkeit" zu erreichen, werden zwei stärkere Motoren mit höherer PS-Zahl eingesetzt.

Während die sogenannten Stemmtore bei der alten Schleusenanlage handbetrieben waren, sind die neuen Hubschwenktore vollständig mechanisiert. Nach Fertigstellung wird ein einziger Mann von einem zentralen Steuerstand aus die ganze Anlage bedienen können. Selbstverständlich ist es auch möglich, von jedem der beiden Schleusensteige das jeweilige Tor zu heben oder zu senken.

Nach dem Umbau wird das Wasser von der Donau bei geschlossenem Wehr wie über einen Nebenarm über die Schleuse in den Donaukanal fließen können. Sollte Hochwasser eintreten, können die Tore jederzeit soweit geschlossen werden, daß höchstens 100 Kubikmeter Wasser pro Sekunde in den Kanal gelangen kann. Der Hochwasserschutz wird dadurch wesentlich verbessert, daß die neue Anlage durch ihre beiden Tore doppelte Sicherheit gegen Hochwasser bieten wird, während bisher nur eines von den zwei alten Toren diesem Zweck diente. Die umgebaute Schleuse wird gegen eine maximale Hochwassermenge von 14.000 Kubikmeter je Sekunde Schutz bieten, während die alte Anlage nur für 12.000 Kubikmeter pro Sekunde ausreichte.

Die Fertigstellung der gesamten Anlage - mit den Bauarbeiten war im September 1964 begonnen worden - ist für das Frühjahr 1966 vorgesehen. Die Gesamtbaukosten betragen rund 35 Millionen Schilling.

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten
=====

In der Spezialdebatte befaßt sich GR. Gockner (ÖVP) mit Fragen der Lebensmittelkontrolle. Im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit werden die Lebensmittel bis zur Abgabe an den Verbraucher überwacht, um so eine hygienische Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Genußmitteln zu garantieren. Die einwandfreie Versorgung gewährleistet: die Beachtung der Rechtsvorschriften, die Lebensmittelüberwachung und -kontrolle, laufende Untersuchungen bei staatlichen und privaten Lebensmitteluntersuchungsanstalten und Maßnahmen der Produzenten und Verkaufsbetriebe selbst.

Bei der Überwachung und Kontrolle muß gefordert werden, daß Behörde und untersuchter Betrieb harmonisch zusammenwirken und der kontrollierende Beamte nicht nur ein Vollzugsorgan ist, sondern auch in beratender Funktion tätig wird. Die Betriebe selbst modernisieren laufend, um sich dem internationalen Stand anzupassen und eine hygienische Warenerzeugung zu gewährleisten.

Nachdrücklich fordert der Redner, daß mehr Warenkontrollen bereits beim Warenimport und auf Großmärkten durchgeführt werden und darum auch das Problem eines neuen Zentralmarkts endgültig bereinigt wird.

Weiters spricht er sich dafür aus, Bagatellangelegenheiten von den Gerichten in die Kompetenz der Verwaltungsbehörde zu übertragen, da die Gerichte überlastet sind und eine Ahndung durch Verwaltungsbehörden ausreichen würde.

Abschließend stellt der Redner allen beteiligten Kreisen das Zeugnis aus, daß sie stets bemüht sind, zur Erhaltung der Volksgesundheit die Bevölkerung mit hygienisch einwandfreien Nahrungs- und Genußmitteln zu versorgen.

GR. Lauscher (KLS) kritisiert die Preisentwicklung und erklärt: Es ist alarmierend, daß die Verteuerung der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr einen Höhepunkt erreicht hat. Schon die vom Index erfaßten Preise liegen bereits um 5,6 Prozent höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Fast jede Woche werden neue Preissteigerungen und auch ungesetzliche Preisabsprachen bekannt. Es ist eine galoppierende Teuerung, und die Unzufriedenheit darüber allgemein. Dabei beruht der Verbraucherpreisindex auf Konsumentenerhebungen vom Jahre 1954 ./.

und berücksichtigt von zirka 14.000 angebotenen Waren nur 220. Nun haben sich aber die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung verändert, und so wird jetzt eine neue Indexberechnung angestellt. Aber es braucht bei uns alles sehr lang, sodaß die Indexberechnungen nur ein unvollständiges Bild über die wirkliche Situation geben. Alle Ankündigungen der Regierung und des Bundeskanzlers über Maßnahmen zur Stabilisierung des Preisgefüges haben sich als leeres Gerede oder als unwirksam erwiesen. Es kann heute nicht mehr geleugnet werden, daß die Teuerung bereits den Charakter einer gelenkten Inflation angenommen hat. Der Zweck liegt auf der Hand: den Arbeitern und Angestellten wird auf diese Weise weggenommen, was man ihnen als Lohnerhöhung zugestehen muß. Die ÖVP bewährt sich dabei als tüchtige und dienstbeflissene Vertreterin der Industrie und des Großhandels.

Zur Steuerung dieser Preisentwicklung können aber die großen Gemeinden etwas beitragen. So könnten Nachbarschaftsimporte aus den sozialistischen Ländern der Preissteigerung Einhalt gebieten und so der Wiener Bevölkerung Obst und Gemüse zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Beim Handelsministerium sollte die Aufhebung aller Zollbelastungen für Saisonprodukte erreicht werden. Es müßte die Liberalisierung der Nahrungsmitelein-führen aus dem Osten erreicht werden. Das Marktamt der Stadt Wien müßte verstärkt werden, da die Beamten dort in Routinearbeit ersticken und ihnen für die Preisüberwachung und ein häufigeres Einschreiten gegen Preistreiber anscheinend zuwenig Zeit bleibt. Auch sollte ein kleines Komitee gebildet werden, um mögliche Eingriffe in die Preisgestaltung zu überprüfen.

Ein eigenes Kapitel sei die Tarifpolitik der Wiener Rathauskoalition. Daß die Straßenbahnverteuerung zumindest vorläufig abgewehrt werden konnte, sei erfreulich, weniger erfreulich sei jedoch die Tatsache, daß man weiterhin mit der Ausarbeitung neuer Tarife für Verkehrsbetriebe, Gas und Strom beschäftigt ist. Derartige Maßnahmen sind natürlich ein Anreiz für die Privatunternehmer, sich auf Bund

und Gemeinden auszureden und gleichfalls Preiserhöhungen vorzunehmen. Wien zählt zu den teuersten Städten Österreichs, weil Maßnahmen gegen Preistreiber nur sehr spärlich durchgeführt werden. Der Redner verweist darauf, daß zwischen den einzelnen Wiener Bezirken ein großer Unterschied in der Preisgestaltung ist. So variiert zum Beispiel der Preis für eine Flasche Öl zwischen 11,80 und 19 Schilling, bei gleicher Qualität und Quantität. Welche Maßnahmen werden vom Marktamt gegen solche Erscheinungen ergriffen? Nur ein Teil der Bevölkerung hat die Möglichkeit, auf Märkten einzukaufen oder jene Geschäfte in einem a deren Bezirk aufzusuchen, die billiger sind. Preissteigerungen könne man nur durch energische Maßnahmen verhindern, dazu gehören: keine Zustimmung zu Preis- und Tarifierhöhungen in der paritätischen Kommission ohne vorherige Vorlage der Kalkulationsunterlagen und der Bilanzen jener Firmen, die eine Erhöhung verlangen; Kontrolle der Kalkulation und der Unterlagen zum Beispiel durch den Betriebsrat, Beseitigung der Kartelle, Herabsetzung der Handelsspannen, Anprangerung der Preistreiber, günstige Beeinflussung durch die Konsumvereine, wirksame Maßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels durch Einfuhrbewilligungen und Zollsenkungen und ähnliches. Da die ÖVP leider bisher gegen derartige Maßnahmen war, könne seine Fraktion den Ansätzen für Wirtschaftsangelegenheiten nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) bezeichnet es als ein Recht der Opposition, Kritik zu üben oder zu loben, und darnach abzuwägen, ob man den Ansätzen der jeweiligen Gruppe zustimmen kann, oder nicht. Das sei der Unterschied zwischen einer freien freiheitlichen und einer Koalitions-Partei, die .manchmal heftig kritisiert, letzten Endes den Ansätzen dann aber doch zustimmt.

Die Einnahmen des Kapitels X sind zwar gestiegen, die Ausgaben jedoch in einem weitaus größeren Maß. Seine Fraktion sei nicht der Ansicht, daß durch Tarif- und Gebührenerhöhungen hier etwas zum Besseren gebracht werden könnte, weil durch alle Erhöhungen Preisauftriebstendenzen entstehen. Es gäbe auch andere Möglichkeiten, zu einer kommerziellen Gestion zu kommen, die den Grundsätzen eines guten Wirtschaftens entspricht.

Zum Sachaufwand und zum Beschaffungsamt gebe es keine Kritik.

Zur städtischen Bäckerei: Wie aus Pressemeldungen im April dieses Jahres hervorging, zeigte man sich besorgt, daß durch den Ausbau der städtischen Bäckereien die privaten Bäcker geschädigt werden könnten. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es überhaupt Aufgabe der Gemeinde sein kann, über einen gewissen Rahmen hinaus in die Privatwirtschaft einzugreifen. Das gelte ebenso für die Bäckerei, wie für die Unterhaltung von Gaststätten und ähnliches.

Zur Gelsenplage: Es sei gleichgültig, welche Geschäftsgruppe für die Gelsenbekämpfung zuständig sei, wichtig sei jedoch, daß überhaupt etwas gegen die Gelsen unternommen wird. Die Wiener und die vielen Fremden leiden im Prater unter der Gelsenplage genauso wie unter dem Benzingestank.

Die von GR. Lauscher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verhinderung von Preissteigerungen könnte man nicht akzeptieren, da es sich teilweise um Gewalt- und Zwangsmaßnahmen handeln würde. Im Osten wendet man derartige Maßnahmen an, anscheinend führen jedoch auch sie zu keinem Erfolg, denn auch dort gibt es Preiserhöhungen. Es gebe jedoch viele andere wirtschaftliche Möglichkeiten, die jedoch leider von der Koalition nicht aufgegriffen werden. Dadurch gab es in den letzten zwei Jahren einen Preisauftrieb von mehr als elf Prozent. (Zwischenruf GR. Leinkauf: Das ist im ganzen Westen so!) Österreich liegt damit an der Spitze aller Länder. Man fordert zwar die Hausfrauen immer auf, dort einzukaufen, wo es billiger ist. Wie soll aber eine berufstätige Hausfrau die Zeit finden, nach der billigsten Einkaufsquelle zu suchen. Es müssen also schon von der Staatsführung her entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Beim neuen Großmarkt kritisiert der Redner die lange Zeit der Planung. Er fragt auch, wieso es zu den falschen Planungsunterlagen kommen konnte.

Marktbildung: Er habe seinerzeit den Antrag gestellt, die Marktbindung wieder zurückzuziehen. Leider hat die ÖVP-Fraktion damals nicht für diesen Antrag gestimmt. Heute höre er nun die Bestätigung dessen, was er bereits damals gesagt habe nämlich, daß die Marktbindung nicht das erwartete Ergebnis bringt.

Abschließend erklärt der Redner, daß die FPÖ den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

GR. Jedletzberger (ÖVP) spricht über die katastrophale Witterung dieses Jahres, die einzelne Gartenbaubetriebe Wiens an den Rand des Ruins brachte. Die Krise, die wir heuer erlebt haben, beweist, daß wir unbedingt auf wirtschaftlich gesunde heimische Produktionsstätten angewiesen sind. Er habe im Frühjahr einen Antrag gestellt, den hochwassergeschädigten Betrieben aus der ärgsten Not zu helfen. Leider wurden nicht alle Forderungen dieses Antrages erfüllt. Der Redner regt an, vorbeugend einen Wiener Katastrophenfonds zu errichten, der für alle Wiener rasche Hilfe gewährleistet.

GR. Jedletzberger verweist dann darauf, daß heuer bis November insgesamt 420.000 Kilogramm heimisches Gemüse unverkauft geblieben ist, ein Lastzug mit mehr als 100 Waggons. Man habe dieses unverkaufte Qualitätsgemüse verschiedenen sozialen Einrichtungen angeboten, doch wurde kaum davon Gebrauch gemacht.

Der Redner spricht dann über die Bedeutung der Wiener Landwirtschaft und meint, wie die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser zu einer wichtigen Aufgabe der Stadtverwaltung gehört, so müssen auch seitens der Gemeinde Wien Maßnahmen zur Förderung und zum Ausbau der Wiener Landwirtschaft im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung nachhaltig vorangetrieben werden.

In Erling ist ein neues Gartenbauzentrum im Entstehen. Trotzdem können wir auf die kleineren Betriebe in Simmering nicht verzichten.

GR. Jodlbauer (SPÖ) betonte die Vielfalt und Bedeutung der Arbeit der Verwaltungsgruppe X, die von der Bevölkerung nur deshalb nicht voll zur Kenntnis genommen wird, weil sie sich größtenteils im Verborgenen abspielt.

Es wurde hier der Koalition die Schuld an den Preissteigerungen gegeben, und zwar von der Opposition, der nur fünf von hundert Gemeinderäten angehören. Das zeigt doch, daß die Bevölkerung sich in überwältigender Mehrheit zu dieser Koalition bekennt und ihr die Schuld für die Preissteigerungen nicht anlastet.

Zur Kritik an der langen Dauer der Planungsarbeiten für den Großmarkt ist zu sagen, daß man auch in anderen Epochen der Wiener Stadtgeschichte sehr lange gebraucht hat, um wichtige Entscheidungen zu fällen. Der zuständige Gemeinderatsausschuß bemüht sich seit Jahren, jedoch waren in diesem Fall die Umstände stärker. Auch nützt eine schnelle Planung nur wenig, wenn wir durch Grundbeschaffungsgesetze, die noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, gehemmt werden.

Natürlich ist die Bevölkerung mit der Preisentwicklung nicht zufrieden. Aber die Dinge sind hier nicht so einfach, denn die Marktwirtschaft ist eine heikle Sache, die von Umständen abhängt, die nicht reglementiert werden können. Es könnte aber noch viel getan werden, wenn in den betreffenden Gruppen entsprechende Einsicht Platz greift. Wir haben Gesetze gegen das Dumping nicht deshalb erlassen, damit Preissteigerungen eintreten, sondern damit diese vermieden werden. Dumping-Preise durch Importe vermindern den Anreiz für die einheimischen Produzenten und dadurch kommt es zu Mangelercheinungen, die wieder verteuern wirken. Auch eine Zwangsbewirtschaftung kommt nicht in Frage. Der einzige Weg ist, die Interessentengruppen an einen Verhandlungstisch zu setzen, den Egoismus zurückzudrängen und dem Gemeinnutz zum Durchbruch zu verhelfen.

Märkte sind etwas organisch Gewachsenes und lassen sich daher schwer vermehren und kaum verlagern. Ihre Funktion kann auch nicht von Einkaufszentren übernommen werden, die sich übrigens sehr bewährt haben. Eine Modernisierung der Märkte wirkt sich günstig aus.

Nahezu in jeder Budgetrede komme ich auf den Christkindlmarkt zu sprechen, weil diese Wiener Tradition nicht vernachlässigt werden soll. Der Christkindlmarkt könnte größer, schöner und attraktiver gestaltet werden, als es derzeit am Kalvarienberg möglich ist. Der jetzige Bundespräsident Jonas hat seinerzeit vorgeschlagen, den Christkindlmarkt am Rathausplatz zu etablieren. Man hat diesen Vorschlag wegen des Umbaus der Zweierlinie zurückgestellt, der nun bald abgeschlossen ist. Man soll diese gute Idee nicht einschlafen lassen.

Der Wiener Prater feiert 1966 sein 200jähriges Bestandsjubiläum, das besonders feierlich begangen werden soll. Diesbezüglich ./.

laufen seit einem halben Jahr Verhandlungen mit dem Verband der Fraterunternehmer. Man sollte die Gelegenheit dazu benützen, um die 200jährige Tradition des Praters dem Standard der neuzeitlichen Vergnügungsindustrie anzupassen.

GR. Walzer (ÖVP) gibt einen Überblick über die seit Jahren laufenden Planungsarbeiten für den neuen Großmarkt in St. Marx bzw. den neuen Großmarkt für Obst und Gemüse im Süden der Stadt. Er wirft die Frage auf, ob es nicht am zweckmäßigsten wäre, den Schlachthof in St. Marx völlig neu zu bauen und nicht etwa einzelne bestehende Objekte mit einzu beziehen. Die Anlage ist derzeit so uneinheitlich, daß allein das schon verteuern auf die Fleischpreise wirkt. Der neue Markt soll auch in Zukunft seine Aufgabe erfüllen und das soll nicht durch Überbleibsel beeinträchtigt werden.

Der Redner schildert weiter die Schwierigkeiten, die im vergangenen Sommer mit dem Kühlhaus entstanden sind, so daß bereits ein Katastrophenplan ausgearbeitet war, um die Bevölkerung trotzdem mit einwardfreiem Fleisch versorgen zu können. Es ist nur zu hoffen, daß die neuen Aggregate so rechtzeitig fertig sind, daß wir im kommenden Sommer nicht wieder vor der gleichen Situation stehen. Der Redner befaßt sich auch mit der neuen Schlachtstraße im Rinderschlachthof. Sie ist nicht gerade ideal, und es erhebt sich die Frage, ob sie im neuen Schlachthof wird verwendet werden können.

GR. Walzer setzt sich dann mit den Ausführungen des GR. Lauscher zur Frage der Preisentwicklung auseinander. Es gibt, sagt er, nicht nur Arbeiter und Angestellte, es gibt auch Selbständige, es gibt sehr viele Wienerinnen und Wiener, die nicht in Ihr Programm hineinpassen. Aber Konsumenten sind sie alle, ob Selbständige oder Unselbständige. Jede Preiserhöhung ist für uns alle unangenehm. Sicherlich sind gewaltige Preiserhöhungen eingetreten, aber man kann nicht nur vom Preis sprechen und auf die Kosten vergessen. Sie müßten einmal einen Gewerbebetrieb zwei Jahre führen, damit Sie erkennen, wie man sich da plagen muß. Für uns gibt es keine 45-Stunden-Woche, keine drei oder vier Wochen Urlaub, für uns heißt es arbeiten und wieder arbeiten und dann sehen, was übrig bleibt. Je mehr die Bevölkerung verdient desto mehr haben auch wir in der Wirtschaft zu tun. ./.

Wenn die Preise steigen, ist es auch für die Wirtschaft schlecht. Auf den Plakatwänden widerspiegelt sich die Frage, wer den Schilling kleiner macht. Es sind jene, die, gleichgültig in welchem Lager sie stehen, das gesunde Gefühl für das richtige Maß verloren haben. Es sind jene, die vergessen, daß wir alle zusammen - ob Bauer, Arbeiter, Angestellter, Industrieller, Gewerbetreibender oder Pensionist - in einem Boot sitzen und, wenn das Boot sinkt, auch ihre Stunde geschlagen hat. Dabei ist es völlig egal, ob sie dann als Satte oder Hungrige untergehen. Noch ist es Zeit, den Egoismus zurückzuhalten; die kurzsichtige Parteipolitik, die nur die eigenen Vorteile und Interessen im Auge hat, aufzugeben und sich zu sachlicher Arbeit zusammenzusetzen. Lassen wir es doch nicht so weit kommen, daß uns erst das Chaos und die Faust im Nacken zu gegenseitiger Verständigung führt! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

GR. Deutsch (SPÖ) hält seinem Vorredner entgegen, daß es verschiedene Konsumenten gibt: arme, reiche und ganz reiche. Davon muß man bei jeder Diskussion über Preise ausgehen. In den zuständigen Gremien, etwa in der Paritätischen Kommission, wird sehr verantwortungsbewußt diskutiert, um die besten Preise für die Konsumenten zu sichern. Es müßte nur immer möglich sein, die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig zu setzen. Bei rechtzeitigem Eingreifen wäre es etwa möglich gewesen, die letzte Entwicklung bei den Eierpreisen zu beeinflussen.

Zum Bau des neuen Schlachthofes bemerkt der Redner, daß bei der Planung neben der wirtschaftlichen Funktion der Anlage auch die Unterkünfte der dort Beschäftigten berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus muß aber auch an den Schutz der Konsumenten gedacht werden. Es ist zu begrüßen, daß alle Redner für eine rasche Verwirklichung dieses Projekts eingetreten sind. Außerdem ist es erfreulich, daß die gehässigen Angriffe auf die im Schlachthof Beschäftigten, denen Tierquälereien vorgeworfen wurden, aufgehört haben. Der verkehrstechnischen Frage kommt große Bedeutung zu, da allein die Rinderzufuhr mit 250 bis 325 Lkws durchgeführt wird. Die Entscheidung für einen getrennten Bau des Großmarktes und des Schlachthofes weist keinesfalls auf eine Fehlplanung hin; damit wird eine enorme Verbilligung erreicht.

Beim Projekt des Marktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk ist man über die Planung leider nicht hinausgekommen. Hier wäre jedoch rascheste Abhilfe notwendig, da es in dieser Gegend keine Möglichkeiten für die Hausfrauen gibt, billig und rasch einzukaufen.

Dabei geht es auch um den in der Nähe liegenden Viktor Adler-Markt, der derart überfüllt ist, daß große Verkehrsprobleme entstanden sind. Die Frage, ob ein Markt auf dem Nothnagelplatz wirtschaftlich gerechtfertigt sei, scheint weit weniger vor-dringlich zu sein, als die Frage, was dort für die Hausfrauen geschehen soll, damit sie gut einkaufen können. Wenn kein geeigneter Platz für einen neuen Markt zu finden ist, dann könnte man etwa Geschäftszeilen errichten, wo die Hausfrauen günstig und rasch einkaufen könnten.

Zur Frage der Marktbindung: Im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Schlachthofes wäre es notwendig, sich auch über die grundsätzliche Frage der Marktbindung zu einigen. Der Redner ist der Meinung, daß durch die Marktbindung man schon keine Preis-senkung, so doch eine Stabilisierung eingetreten ist. Natürlich ist die Marktbindung nur eine halbe Angelegenheit, da sie nur für ein halbes Jahr zur Anwendung kommen kann. Man müßte sich jedoch überlegen, ob sie nicht doch ein wirksames Instrument für richtige Lenkungsmaßnahmen sein konnte. Man muß die Markt-bindung vor allem von der Sicht des Konsumenten aus sehen. Leider aber geht es in dieser Frage um ein Politikum. Es ist zum Beispiel nicht wahr, daß das Fleisch für den Konsumenten billiger ist, wenn es direkt von Bauern auf den Markt kommt. Erfreulich ist es, daß die Investitionen bei der städtischen Bäckerei so durchgeführt wurden, daß dieser Betrieb nun eine ausgeglichene Bilanz hat. Die Ansätze von 100.000 Schilling für Investitionen im kommenden Jahr scheinen jedoch als zu gering. Trägt man nämlich der laufenden technischen Entwicklung nicht Rechnung, würde man bald nicht mehr leistungsfähig genug sein. Wir sind es auch unseren Bediensteten schuldig, daß sie in einem wirtschaftlich gesicherten Betrieb gute produktive Arbeit leisten können.

In der Debatte haben sich die Gemeinderäte der Volkspartei auf berühmt und verdiente Sozialisten bezogen. Er möchte daher einige Sätze aus dem Buch eines Nichtsozialisten zitieren, nämlich Henri Ford. So schrieb dieser: Es zeigt von schlechter Geschäfts-führung, Gewinne aus den Arbeitern oder Käufern herauszu-
so legen. Hütet euch, das Produkt zu verschlechtern, hütet euch,

die Löhne zu erniedrigen, steckt Gehirn in unsere Geschäftsmethoden Gehirne und noch mehr Hirne und macht die Sache besser als bisher.

In diesem Sinne stimme seine Fraktion den Ansätzen der Gruppe X zu.

Stadtrat ODr. Frutscher nimmt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Debatteredner Stellung. Verschiedene Preise scheinen in der vorgelegten Beilage deshalb nicht auf, weil leicht verderbliche Nahrungsmittel durch die Verwalter der einzelnen Spitäler direkt eingekauft werden.

Die Lebensmittelimporte sind seit der Naturkatastrophe dieses Jahres verstärkt worden und sind auch weitestgehend vom Zoll befreit.

Daß das preisbewußte Einkaufen kein Allheilmittel sein kann, sei ihm bewußt. Es sei aber einer jener Punkte, der am meisten versäumt wird.

Zum Eierpreis: Es lag der Bundesregierung ein Vorschlag einer Marktordnung vor; diese konnte jedoch auf Grund von Einsprüchen nicht beschlossen werden.

Die "Glashausstraße" zwischen Wien und Graz wäre sicherlich von Vorteil. Es wird aber auch Zeiten geben, in denen Importe billiger sein werden als im Inland erzeugte Nahrungsmittel. Wir werden daher das eine tun müssen, das andere jedoch nicht unterlassen dürfen. Daß unsere Gärtnereien innerhalb einer kurzen Zeitspanne von Blumen- auf Gemüseanbau umgestellt werden können, ist erfreulich und eine gewisse Sicherheit.

Was den Prater anlangt, wird man alles unternehmen, um die 200-Jahr-Feier von der Gemeinde aus zu fördern und zu sorgen, daß sie von den Gelsen nicht gestört wird. Die Frage der Gelsenbekämpfung ist nicht allein eine Frage des Entschlusses, sondern der Chemie und der Medizin, da man leider nicht nur die Gelsen beseitigt, sondern auch unsere Singvögel trifft.

Die städtische Bäckerei kann 90 Prozent des Bedarfs der städtischen Anstalten decken, zehn Prozent kommen von privaten Lieferanten. An Investitionen ist für die nächsten Jahre die Erneuerung des Backofens zu erwarten.

Die Werkstätten widmen sich der Instandhaltung und der Reparatur und befassen sich nicht mit der Serienerzeugung.

Zur Marktbindung wurden verschiedene Stellungnahmen abgegeben. GR. Deutsch hat offenbar die Marktbindung mit dem Schlachthofzwang verwechselt, obwohl die Schlachtung selbst mit der Marktbindung in keinem Zusammenhang steht. Bei längerer Dauer der Marktbindung ist zu befürchten, daß der Totversand von Vieh aus Niederösterreich zunimmt. Die derzeitige Form der Marktbindung fördert nämlich den Bau und den Betrieb von Schlachthöfen außerhalb Wiens und schadet dadurch dem Wiener Schlachthof. Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist die Marktbindung preisneutral.

Die Schlachtstraße wurde so bestellt, daß sie nahezu ohne Änderungen in den neuen Schlachthof eingebaut werden kann.

Die Großmarktplanung war weitgehend von der Trassierung der Eisenbahn und der Autobahn abhängig. Die diesbezüglichen Entscheidungen mußten abgewartet werden, und es ist die Frage, ob man so lange mit der Planung hätte warten sollen, bis alles entschieden ist. Es ist jedenfalls ein Vorteil, daß jetzt endgültig Klarheit herrscht und die Planung dementsprechend vorgehen kann. Der neue Großmarkt wird nicht ausschließlich aus Neubauten bestehen müssen. Auch Altobjekte werden nach entsprechender Adaptierung verwendet werden können. Stellenweise wird ein Neubau betriebswirtschaftlich allerdings rentabler sein.

Für die Verlegung des Christkindlmarktes auf den Rathausplatz wurde bereits ein Projekt ausgearbeitet. Die Marktfahrer aber vermissen am Rathausplatz den Durchgangsverkehr, wie er im verbauten Gebiet vorhanden ist.

Die Bedeutung der Buntheit und Lebendigkeit eines Marktes zeigte sich auch am Vorgartenmarkt. Der Bericht über den Nothnagelplatz wird im Ausschuß diskutiert werden. Es werden für Märkte oft Plätze angeboten, die für etwas anderes nicht geeignet sind. Es hat aber keinen Sinn, einen Markt an einer Stelle zu errichten, wo die Konsumenten das Einkaufen nicht freut. ./.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende, Gr. Flanek, unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, den 21. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung über die Ansätze der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

==== =====

20. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3.50 bis 4.50 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Birnen 4 S bis 10 S je Kilo, Orangen blond sind schon ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

- - -

Olympiade-Enquete im Finanzministerium
=====Stadt Wien ist bereit, 60 Prozent der Kosten zu übernehmen

20. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Finanzministerium unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Schmitz eine Enquete über die Frage der Bewerbung Wiens um die Olympischen Sommerspiele 1972 statt. Von seiten der Stadt Wien nahmen Bürgermeister Bruno Marek und Vizebürgermeister Felix Slavik daran teil. Auch die Bundesministerien, die Kammern, die Sportverbände und andere an der Frage interessierte Körperschaften hatten Vertreter entsandt.

Bürgermeister Marek begründete eingehend, warum sich die Stadt Wien entschlossen hat, als Bewerberin um die Olympischen Spiele 1972 aufzutreten. Gemeinsam mit Vizebürgermeister Slavik referierte er dann über die von der Wiener Stadtverwaltung angeordneten Untersuchungen zur Feststellung der voraussichtlichen Kosten für die Durchführung der Sommerspiele. Die Vertreter der Stadt Wien erklärten sodann die Bereitschaft der Bundeshauptstadt, 60 Prozent der für die Olympischen Spiele notwendigen Ausgaben zu bestreiten, sodaß der Bund nur 40 Prozent aufzubringen hätte.

Die Delegierten der Sportverbände berichteten über die Bedingungen, die die von ihnen vertretenen Disziplinen in Wien bereits vorfinden beziehungsweise was an Sportstätten für die Olympischen Spiele neu geschaffen werden müßte. Bemerkenswert erscheint vor allem, daß sämtliche Sportarten - ausgenommen die Segler, die ihre Konkurrenz voraussichtlich am Bodensee austragen werden, und zwar auch dann, wenn die Olympischen Spiele in München stattfinden sollten - keinerlei Schwierigkeiten oder gar unüberwindliche Hindernisse für die Durchführung der Wettkämpfe in Wien sehen. Die Ruderverbände erklärten, daß es möglich sei, auf der Alten Donau eine olympiareife Regattastrecke herzustellen.

Auch die Sprecher des Industriellenverbandes hielten ihre anfängliche Ablehnung gegen die Bewerbung Wiens nicht mehr voll aufrecht. Sehr wichtig war in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß man in den Kreisen der österreichischen Industrie nicht daran denke, sich um die "Expo 1972" für Wien zu bewerben.

Die Enquete gelangte nach eingehenden Beratungen zu einer gemeinsamen Auffassung über die für die Durchführung der Sommer-spiele tatsächlich zu erwartenden Kosten. Mit den Ergebnissen dieser Beratungen wird sich die österreichische Bundesregierung in ihrer morgigen Sitzung befassen.

- - -

133. Kleinausstellung der Wiener Stadtbibliothek
=====

20. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek eröffnete heute eine sehenswerte Ausstellung unter dem Titel: "Der Holzschnitt als Buchillustration". Dabei werden einige der kostbarsten und seltensten Wiegendrucke und Frühdrucke aus den Beständen der Stadtbibliothek gezeigt.

Die Exposition befindet sich im Ausstellungsgang der Stadtbibliothek, Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, gegenüber Tür 333, und ist bis zum 15. Februar jeweils von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16.30 Uhr durchgehend bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

70. Geburtstag von Ernst Alker

=====

20. Dezember (RK) Am 22. Dezember vollendet der Literaturwissenschaftler Univ.Prof.Dr.Ernst Alker das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er Germanistik studierte und seine wissenschaftliche Laufbahn in der Nationalbibliothek begann. In der Folge arbeitete er als Bibliothekar der Städtischen Büchereien in Leipzig und als Leiter der Büchereischule in Bonn. Anschließend war er Lektor der Universität Lund in Schweden und Lehrer an der Handelshochschule in Stockholm. 1946 berief ihn die Universität Freiburg in der Schweiz als Professor. Ernst Alker ist durch zahlreiche Publikationen bekannt geworden. Seine umfangreichste Arbeit trägt den Titel "Geschichte der deutschen Literatur. Von Goethes Tod bis zur Gegenwart". Sehr eingehend behandelt sind die Abschnitte über die österreichischen Schriftsteller, besonders verständnisvoll Johann Nestroy und Karl Kraus. Interessant sind auch seine Untersuchungen einzelner Probleme der österreichischen Literatur. Professor Alker ist Mitglied der Friske Akademie, des "International Institute of Arts and Letters" und des Adalbert Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich.

- - -

Ausstellung "Stadterneuerung" über Weihnachten geschlossen

=====

20. Dezember (RK) Die Ausstellung "Stadterneuerung in Wien" in der Volkshalle des Wiener Rathauses bleibt Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. Dezember geschlossen.

- - -

75. Geburtstag von Joseph Gielen

=====

20. Dezember (RK) Heute am 20. Dezember vollendet der ehemalige Direktor des Burgtheaters und Oberspielleiter der Staatsoper Prof. Joseph Gielen das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Köln geboren, studierte in Bonn und München Kunstgeschichte, Literatur- und Theaterwissenschaft und debütierte 1913 als Schauspieler. 1921 erhielt er die ersten Regieaufgaben. Von 1924 bis 1934 wirkte er als Oberregisseur am Staatlichen Schauspielhaus und an der Staatsoper in Dresden. in den Jahren 1936 bis 1937 an der Staatsoper in Berlin. Anschließend ging er nach Wien, wo er am Burgtheater und an der Staatsoper inszenierte. Nach der Machtergreifung ging Gielen nach Südamerika und führte neun Jahre lang am Teatro Colon in Buenos Aires Regie. 1948 wurde ihm die Leitung des Wiener Burgtheaters übertragen. 1954 schied er freiwillig aus diesem Amt. In der Folge betätigte er sich als Oberspielleiter der Staatsoper und als Regisseur des Burgtheaters, inszenierte aber auch auf deutschen Bühnen und bei Festspielen. Seine Wiener Tätigkeit begann mit der großartigen Aufführung von O'Neills "Trauer muß Elektra tragen", seine Direktionszeit am Burgtheater mit Claudels "Der seidene Schuh" und Bruckners "Elisabeth von England". Daran schlossen sich klassische Werke und moderne Stücke. Insgesamt brachte er damals 26 Ur- und Erstaufführungen, davon 11 von österreichischen Autoren heraus. Nicht minder bedeutend ist Joseph Gielen als Opernregisseur. Besonders bekannt wurden seine Inszenierungen der Strauß-Opern "Ariadne auf Naxos" und "Der Rosenkavalier". Unter seiner Regie wurde "Die Zauberflöte" in Buenos Aires zum ersten Mal in deutscher Sprache aufgeführt. Die Stadt Wien hat ihm für seine hervorragenden künstlerischen Leistungen die Ehrenmedaille und die Josef Kainz-Medaille verliehen. Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschriften übermittelt.

- - -

75. Geburtstag von Josef Hopmann
=====

20. Dezember (RK) Am 22. Dezember vollendet der Astronom Univ.-Prof. Dr. Josef Hopmann das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Berlin geboren und arbeitete nach Absolvierung der Fachstudien als Assistent an der Sternwarte in Bonn. 1920 erfolgte seine Habilitierung. 1930 erhielt er eine Berufung zum Ordinarius und Direktor der Universitätssternwarte in Leipzig. Von Hannover übersiedelte er 1951 nach Wien, 1961 trat er in den Ruhestand. Hopmann hat auf seinem Forschungsgebiet zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Als sein Hauptwerk gilt die Publikation "Fixsternkataloge und Fixsternparallaxen". Der Gelehrte ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und der Accademia Pontificia in Rom.

- - -

60. Geburtstag von Friedrich Baravalle
=====

20. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Bau-techniker und Statiker Prof. Dr. Ing. Friedrich Baravalle das 60. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und absolvierte die Technische Hochschule, an der er Assistent für Konstruktion und Statik war. Seit 1945 ist er Zivilingenieur, seit 1951 Professor an der Akademie für bildende Künste. Baravalle hat sich durch seine Entwürfe und Planungen zahlreicher großer Bauten einen Namen gemacht. Für mehr als 1.600 Gebäude stammen Entwurf und Kalkulation von ihm. Seine wichtigste publizistische Arbeit ist die gemeinsam mit Saliger verfaßte Veröffentlichung "Praktische Statik", die ins Spanische, Serbische und Russische übersetzt wurde.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren
Inland: 39 Ochsen, 244 Stiere, 664 Kühe, 141 Kalbinnen,
Summe: 1.088. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: 35 Rinder aus dem Inland, 12 Rinder
aus Ungarn.

Preise: Ochsen 13 bis 16.50 S, extrem 17 bis 17.80 S,
Stiere 13.80 bis 16.50 S, extrem 17, Kühe 9 bis 13 S, extrem
13.20 bis 14.90 S, Kalbinnen 13 bis 16.50 S, extrem 16.70 bis
17 S; Beinlvieh Kühe 7.80 bis 8.80 S, Beinlvieh Ochsen und
Kalbinnen 11 bis 12.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um
24 Groschen, bei Stieren um sechs Groschen, bei Kühen um
29 Groschen und bei Kalbinnen um vier Groschen je Kilogramm.
Er beträgt einschließlich Beinlvieh: Ochsen 14.44 S, Stiere
15.32 S, Kühe 10.26 S, Kalbinnen 14.88 S. Beinlvieh verbilligte
sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

- - -